

Das Wochenmagazin der SPÖ spoe.at

SPÖ

Aktuell

10. Juli 2009 • Nr. 28 • 0,73 €

Gastkommentar von
FSG-Vorsitzenden Wolfgang Katzian



Für die SPÖ gilt:

**Vorrang
für Familien!**

In der letzten Parlamentswoche vor der Sommerpause werden traditionell in einem Plenar-Marathon noch etliche bedeutende Gesetze beschlossen. Wir werden in dieser Ausgabe über die Novellen berichten, die bis Redaktionsschluss den Nationalrat passiert haben. Dazu gehört auch das Familienrechtsänderungsgesetz. Damit wurde den modernen Lebensrealitäten von Familien Rechnung getragen.

Vor einem halben Jahr wurde die Bundesregierung angelobt – eine gute Gelegenheit, jetzt vor dem Sommer eine erste Bilanz zu ziehen. Das erste Halbjahr der Regierung stand unter dem Zeichen der massivsten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg – und der raschen Maßnahmen, die gesetzt wurden, um gegenzusteuern und die schlimmsten Auswirkungen zu lindern.

Die sozialdemokratischen GewerkschafterInnen haben einen neuen Vorsitzenden gewählt. Wir baten Wolfgang Katzian um einen Gastkommentar – natürlich ist auch für den ArbeitnehmerInnenvertreter die Weltwirtschaftskrise und die Antworten der Sozialdemokratie das zentrale Thema.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Familienpolitik	4
Interview mit Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek	6
Halbjahresbilanz der Regierung	7
Sommerfest: „Ein Abend für Morgen“	7
Kommentar von FSG-Vorsitzenden Wolfgang Katzian	14

ENQUETE

Aktienrecht neu: Pro und contra

Der Novelle zum Aktienrecht widmete sich eine hochkarätig besetzte parlamentarische Enquete. "Das neue Gesetz bringt viel mehr Möglichkeiten der Mitwirkung von AktionärInnen an den Geschehnissen der Gesellschaft und fördert zusätzlich die Transparenz in den Gesellschaften. Trotzdem sind, so lässt sich aus dieser Enquete resümieren, einige Fragen im Raum stehen geblieben, die diese Novelle aufwirft", betont SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim. Kritisiert wurde unter anderem, dass Anfechtungen von Beschlüssen im extrem kostenaufwändigen Zivilprozess

KFZ-Diebstähle

Jänner bis Mai 2009 Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent

Österreich 2.307 +38,6

Wien	1.240	+77,1
NÖ	574	+27,3
STMK	153	-3,2
OÖ	131	+4,8
Sbg	77	-7,2
Tirol	52	+44,4
Ktn	38	-35,6
Bgld	22	+69,2
Vbg	20	-48,7

Quelle: APA/Bundeskriminalamt | Grafik: SPÖ

Autodiebstähle stiegen rasant

Einmal mehr bestätigt sich die Forderung der SPÖ, 2.000 Polizeiplanstellen mehr zur Verfügung zu stellen. Alleine in Wien schnellte die Zahl der Autodiebstähle zwischen Jänner und Mai im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 77,1 Prozent in die Höhe. Am stärksten betroffen: Ballungszentren und die östlichen Bundesländer.

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:
Sollen Anti-Korruptionsbestimmungen auch Abgeordnete des Nationalrates und EU-Parlaments erfassen?

Wie wichtig sind Anti-Korruptionsbestimmungen für Österreich überhaupt und für welche Zielgruppen sollen die Bestimmungen gelten?

Diskutieren Sie auf www.mitreden.spoe.at über die Gesetzesänderungen zur Korruption.



Klausur-TeilnehmerInnen und ExpertInnen

SPÖ Klausur zu Frauen-, Gleichstellungs-, Familien- und Jugendpolitik

SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier, Frauensprecherin Gisela Wurm und Jugendsprecherin Angela Lueger luden zu einer Klausur, um die zukünftigen Herausforderungen in der Frauen- und Gleichstellungspolitik sowie in der Familien- und Jugendpolitik zu diskutieren. Neben Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek nahmen anerkannte WissenschaftlerInnen wie Sozialwissenschaftler Roland Fürst, die Sozialwissenschaftlerin Gerda Neyer und Psychoanalytiker Erich Lehner an der Klausur teil.



Psychoanalytiker Erich Lehner

Zitat der Woche

„Wir kennen zwar nicht alle Ursachen der Hochwasserkatastrophe, aber klar ist, dass der Klimaschutz auch in Zeiten der Wirtschaftskrise auf unserer Tagesordnung weit oben stehen wird.“

Bundeskanzler Werner Faymann

NEWS.service - Der Newsletter

- >> Aktuellste News
- >> Zahlen und Fakten
- >> Die besten Argumente
- >> Top Webtipps

Jeden Montag und Donnerstag neu!

Abonnieren unter newsservice.spoe.at



Justizsprecher Hannes Jarolim



STANDPUNKT

Politik, die hält was sie verspricht

„Es reicht!“, erklärte Wilhelm Molterer vor einem Jahr. Die Meinungsumfragen standen gut für die ÖVP. Ein Verhältnis von 29:21 Prozent reichte der ÖVP, um Neuwahlen zu fordern. Werner Faymann hat damals die richtigen Schlüsse aus der Zeit der Blockadepolitik und des Dauerstreits gezogen. Sein „Genug gestritten!“ brachte eine positive Wende für die heimische Innenpolitik und hat nichts an Aktualität verloren.



Die sozialdemokratische Handschrift in der Regierungszusammenarbeit brachte schnelle und spürbare Ergebnisse zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in Österreich.

Die SPÖ hat die Zeichen der Zeit früh erkannt. Bereits im Februar 2008 haben wir als erste Partei ein Vorziehen der Steuerentlastung für das Jahr 2009 gefordert. Die politischen Mitbewerber flüchteten sich mangels eigener Konzepte in den Vorwurf, die SPÖ betreibe Populismus. Ein Jahr später sind nun andere Töne angesagt. Selbst die vehementesten VertreterInnen des Neoliberalismus – die bisher den Staat auf ein Minimum reduzieren wollten – rufen nun laut nach der Hilfe eben dieses Staates.

Wir alle erinnern uns an die Zeit vor einem Jahr. Die damalige Koalition war geprägt von der Blockadepolitik von Schüssel und Molterer. Ihr „Njet“ zu allen wichtigen Projekten gehörte bereits zum innenpolitischen Alltag. Bewirkt hat das ganze nur eines: Durch den Dauerstreit wurde die Politikverdrossenheit der Menschen enorm begünstigt, was zur Folge hatte, dass zahlreiche Menschen die Konsequenz zogen und sich in das Lager der NichtwählerInnen bzw. ProtestwählerInnen verabschiedeten. Die Antwort der Sozialdemokratie war eindeutig und hat einem Großteil der Menschen aus der Seele gesprochen: „Genug gestritten!“ Dieses Motto ist wichtig und richtig, denn wir als politische GestalterInnen dieses Landes werden zurecht daran gemessen, was wir für die Menschen konkret leisten, welche Projekte wir erfolgreich

umsetzen und wo wir die Lebenssituation der Bevölkerung verbessern.

Die Sehnsucht war und ist groß nach einer Politik, die hält was sie verspricht. Die Ankündigungen nur dann macht, wenn sie auch halten. Eine Politik, die sagt wohin das Land geht und konkrete Verbesserungen erreicht. Politik, die Lösungen bietet und nicht Hick-Hack als Selbstzweck betreibt. Gerade in Zeiten einer globalen Wirtschaftskrise ist sie ohne Alternative, da alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Menschen vor den schlimmsten Folgen zu schützen. Ohne einem raschen und entschlossenen Handeln der Bundesregierung, wäre Österreich weit weniger vor den Auswirkungen dieser schwierigen Zeit geschützt. Die sozialdemokratische Handschrift in der Regierungszusammenarbeit brachte schnelle und spürbare Ergebnisse zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in Österreich. Wir konnten damit sicherstellen, dass die Regierung rasch auf die Krise reagieren und die richtigen Maßnahmen umsetzen konnte.

Noch vor einem Jahr wehrte sich die ÖVP entschieden gegen ein Vorziehen der Steuerentlastung für die kleinen und mittleren Einkommen. Mit der neuen Regierung ist sie nun seit dem Frühjahr Realität. Die Arbeitsmarkt- und Konjunkturpakete, die Investitionen in die Infrastruktur, die Fortsetzung der Bildungsreform und die Einführung eines

verpflichtenden, kostenlosen Kindergartenjahres wären ohne diesen neuen Stil in der Zusammenarbeit niemals zustande gekommen.

Aber auch aus einem anderen Grund ist unsere Politik der konstruktiven Zusammenarbeit ohne Alternative: Sie ist der beste Weg, um den rechten Hetzern langfristig erfolgreich entgegenzutreten zu können. Denn nur, wenn wir kontinuierlich die Situation der Menschen in diesem Land verbessern, am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Familie, können wir mit dem Vertrauen der Bevölkerung rechnen. Während die FPÖ auch weiterhin nur inhaltslose Parolen zum Besten gibt und damit politisches Kleingeld machen will, arbeiten wir für die Menschen in diesem Land.

Unsere Werte müssen wir nach außen tragen, um erkennbar zu sein. Neue Politik heißt klar zu sagen, auf welcher Seite man steht und wofür man steht. Es gibt mehr als genug Bereiche, bei denen klar wird, dass uns ideologisch Welten von den Konservativen trennen – sei es in der Sozialpolitik, in der Arbeitsmarktpolitik, in der Frage der Gleichstellung von Frauen oder der Gesundheits- und Bildungspolitik. Was uns allerdings einen muss, ist der Wunsch der Menschen, das Vertrauen in die Politik wiederzugewinnen. Wenn Menschen der Politik nicht mehr vertrauen, nicht mehr hinter der Politik stehen, ist Politik machtlos und gewinnen jene, die auch ohne Politik auskommen. Wir SozialdemokratInnen sind der Garant dafür, dass Österreich den solidarischen Weg der Fairness, der Solidarität und der Gerechtigkeit weiter beschreiten wird.

Wir sind gefragt, um für unsere Werte zu laufen und sie mehrheitsfähig zu machen. Auch die Privatisierer haben Jahre gebraucht, um ihre Marktreligiosität an den Mann und an die Frau zu bringen – jetzt ist unsere Zeit, um Solidarität, Gerechtigkeit und Chancengleichheit mehrheitsfähig zu machen – dafür müssen die Menschen uns wieder vertrauen und dafür sind wir verantwortlich. ♦

FAMILIEN

Politik für die Klei

Gratis-Kindergartenjahr, Familienpaket, einkommensabhängiges Kindergeld: Für die SPÖ haben Familien Vorrang.



Im ersten halben Jahr der SPÖ-geführten Regierung wurden bereits wesentliche Meilensteine für Familien umgesetzt.

Bei der SPÖ wird Familienpolitik groß geschrieben. Das spiegelt sich auch in den bisherigen Initiativen der SPÖ-geführten Regierung im Bereich Familienpolitik wider. Als eine der ersten Maßnahmen wurde die Steuerreform umgesetzt – darin enthalten das Familienpaket im Ausmaß von 500 Mio. Euro. Auch die Schulreform mit dem Ausbau der ganztägigen Schulformen ist hier zu nennen. Und natürlich das verpflichtende Gratis-Kindergartenjahr für alle Fünfjährigen. Ab Herbst 2010 werden diese eine optimale Schulvorbereitung bekommen, unabhängig vom Einkommen der Eltern und der sozialen Herkunft. In Kärnten, Nieder- und Oberösterreich gilt das verpflichtende Kin-

„Mit dem einkommensabhängigen Kindergeld gelingt gerade ein Meilenstein; das ist ein Beitrag zu mehr Chancengleichheit für Frauen und Männer.“

**Frauenministerin
Gabriele Heinisch-Hosek**

dergartenjahr bereits ab Herbst 2009. Wien bietet sogar die Betreuung von null bis sechs Jahren gratis an – ganztags und ebenfalls ab diesem Herbst. Damit wird ein erster wichtiger Schritt gesetzt, um allen Kindern in Österreich die besten Bildungschancen zu ermöglichen. „Das verpflicht-

tende Gratis-Kindergartenjahr ist ein weiteres Puzzlestück, um Beruf und Familie besser zu vereinbaren“, freut sich die Frauenministerin. Gabriele Heinisch-Hosek streicht besonders hervor, dass einige Bundesländer das verpflichtende Gratis-Kindergartenjahr zum Anlass genommen haben, um auch für die Jüngeren den Kindergarten gratis anzubieten. Zwar beharrt das schwarze Niederösterreich ganz im Gegensatz zum roten Wien darauf, dass für die „Betreuungszeit“ am Nachmittag bezahlt werden muss. Nur die „Bildungszeit“ am Vormittag ist für die Zweieinhalb- bis Sechsjährigen gratis. In Oberösterreich hingegen konnte die SPÖ massive Verbesserungen durchsetzen: Dort ist der Kindergarten ab September für alle Kinder ab zweieinhalb Jahren gratis – wie auch im roten Burgenland, und in Salzburg wird der Gratskindergarten schrittweise bis zum Jahr 2014 umgesetzt. In der SPÖ-geführten Steiermark sind drei Kindergartenjahre gratis, in Tirol, Vorarlberg, Kärnten nur das letzte.

Mehr Chancengleichheit durch Kindergeld Neu

„Hier gelingt gerade ein Meilenstein. Das unterstützt Frauen in ihrer Erwerbstätigkeit und ist daher ein Beitrag zu mehr Chancengleichheit für Frauen und Männer“, sagt Heinisch-Hosek zum Gratskindergarten. Ein solcher Beitrag ist auch die langjährige SPÖ-Forderung nach einem einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld. Das fordert die SPÖ seit 1998. „Wir müssen Maßnahmen setzen, um die Einkommensschere zu verringern und das werden wir schaffen“, so SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm. Bisher können Eltern

nen – ganz groß!

zwischen drei verschiedenen Formen des Kindergelds wählen. Dabei gelten zwei Grundsätze: Je länger das Kindergeld bezogen wird, desto geringer ist die monatliche Unterstützung. Die von der SPÖ im Regierungsabkommen festgehaltene einkommensabhängige Variante scheint jetzt kurz vor der Realisierung zu stehen. Die Neuregelung des Kindergelds stehe in den wesentlichen Punkten außer Streit, hielt Bundeskanzler Werner Faymann nach dem Ministerrat fest und bekräftigte, dass das Kindergeld-Gesetz mit 1.1.2010 in Kraft treten soll.

„Ein einkommensabhängiges Kindergeld ist ein wichtiger Anreiz, um die Beteiligung der Väter an der Kinderbetreuung zu erhöhen“, stellt Arbeiterkammer-Präsident Herbert Tumpel fest. Die Praxis der letzten Monate zeigt: Die neuen, flexibleren Varianten beim Kinderbetreuungsgeld kommen bei den Eltern gut an, die Kurzvarianten werden österreichweit von einem Drittel aller Eltern genutzt. In Wien, wo das Angebot an Betreuungsplätzen für unter 3-jährige Kinder am besten ist, machen die Kurzvarianten sogar die Hälfte aus.

Familienrecht Neu bringt Anerkennung der Patchworkfamilien

Auch im Familienrecht gibt es Neues – und das wurde noch vor dem Sommer beschlossen. SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier begrüßt beim Familienpaket vor allem die rechtlichen Klar-

stellungen, die auf die unterschiedlichen Lebenssituationen der Menschen Bedacht nehmen. Konkret wurde mit dem Familienpaket der Tatsache Rechnung getragen, dass immer mehr Ehen geschieden und immer öfter Patchworkfamilien gelebte Realität sind. Laut Statistik Austria wurden im Vorjahr 35.223 Ehen geschlossen; die Scheidungsrate betrug zuletzt 49,5 Prozent.

Für Patchworkfamilien gibt es neue Regeln. Gegenüber Stiefkindern hat man Rechte und Pflichten. Stiefeltern sollen kleineren, medizinischen Behandlungen zustimmen oder Entschuldigungen für die Schule unterschreiben dürfen. Nur mit Trauschein konnte man bisher eine Zeugenaussage gegen die/den PartnerIn verweigern. Künftig muss man auch gegen die/den LebensgefährtIn nicht aussagen.

Auch beim Unterhalt für die Kinder gibt es Verbesserungen: Kommt ein Elternteil den Unterhaltszahlungen nicht nach, wird der Staat künftig rascher aushelfen. Bisher musste das Ende des Exekutionsverfahrens abgewartet werden.

Auch bei der Adoption gibt es Neues: Künftig soll (als eine der Lehren aus dem Fall Fritzl) bei allen Adoptionen ein Strafregisterauszug vonnöten sein. Auch das familiäre Umfeld muss durchleuchtet werden. Gerichte sollen Einsicht in bereits geigte Strafen bekommen.

Beim Eherecht kämpfte Heinisch-Hosek bis zuletzt

Beim Punkt Scheidung hat es sich bis zuletzt gespießt. Nach dem ursprünglich vorgelegten Entwurf hätte sogar eine mündliche Vereinbarung darüber, wer im Scheidungsfall die Wohnung bekommt, Gültigkeit gehabt. Der Richter hätte geänderte Lebensverhältnisse nicht mehr berücksichtigen können. Dagegen kämpfte Frauenministerin Heinisch-Hosek massiv an, weil das eine schwerwiegende Benachteiligung für Frauen bedeutet hätte. Nun wurde ein Kompromiss erzielt: Eine Vereinbarung über Haus oder Wohnung ist zwar möglich – allerdings muss sie schriftlich bei einem



SPÖ Klub

Die weiblichen Abgeordneten der SPÖ treffen sich regelmäßig am Beginn einer Plenarsitzungs-Reihe zum gegenseitigen Informations-Austausch. Im letzten Plenarblock vor dem Sommer stand u.a. das Familienpaket am Programm.

Notar erfolgen. Die/der RichterIn muss zudem im Scheidungsverfahren nach wie vor berücksichtigen, ob dadurch ein/e PartnerIn aufgrund der aktuellen Lebensverhältnisse nicht grob benachteiligt wird.

Die SPÖ konnte auch durchsetzen, dass die/der RichterIn verpflichtet ist, die Beteiligten bei einer einvernehmlichen Scheidung zu fragen, ob sie sich beraten haben lassen. Falls nicht, muss sie/er auf diverse Angebote hinweisen und die Verhandlung unterbrechen. ♦

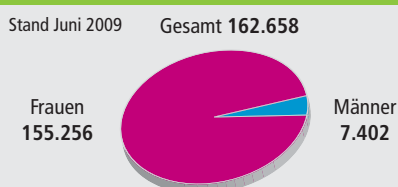
INFO

Das Gesetz wird Anfang 2010 in Kraft treten.

Eckdaten zum einkommensabhängigen Kindergeld (nach bisherigem Stand):

- ▶ Bezugsdauer: Bis zum 14. Lebensmonat, wenn beide Eltern beim Kind zu Hause bleiben (zumindest zwei Monate für den bzw. die PartnerIn);
- ▶ Es werden 80 Prozent des letzten Netto-Einkommens ausbezahlt, mindestens aber 1.000 Euro und maximal 2.000 Euro monatlich;
- ▶ Bis zur Geringfügigkeitsgrenze von 357,74 Euro monatlich kann dazu verdient werden;
- ▶ Die bisher bestehende Zuverdienstgrenze wird flexibilisiert. In Zukunft gibt es beim Zuverdienst auch verschiedene Wahlmöglichkeiten.

KindergeldbezieherInnen



Quelle: APA/Familienstaatssekretariat | Grafik: SPÖ

Insgesamt 162.658 Personen haben im Juni 2009 Kinderbetreuungsgeld bezogen. Nur 4,6 Prozent davon – 7.402 Personen – waren Männer. Die Variante 15 (plus 3) Monate (800 Euro) ist bei den Vätern am beliebtesten: Rund zehn Prozent der BezieherInnen sind hier Männer. In der Lang-Variante finden sich nur vier Prozent Männer.

INTERVIEW

„Die Männer in die Pflicht nehmen“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek zu Einkommensungleichheit, Kindergeld und dem neuen Familienrecht.

SPÖ Aktuell: Frau Ministerin, wird man sich noch auf eine weitere, eine einkommensabhängige Variante beim Kindergeld-Bezug einigen?

Heinisch-Hosek: Ich bin sehr zuversichtlich. Und ich halte fest, dass das einkommensabhängige Kindergeld auf jeden Fall am 1. Jänner 2010 in Kraft treten wird. Darauf können sich die Eltern verlassen. Denn diese Variante wollten wir schon immer und das zusätzliche Angebot für Eltern wird dazu führen, dass mehr Väter in Karenz gehen. Frauen haben quasi ein Monopol bei unbezahlter Pflege- und Hausarbeit, Teilzeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen. Umso wichtiger ist es, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern – und es mehr Männern zu ermöglichen, in Karenz zu gehen. Schon jetzt nehmen Väter hauptsächlich die



Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek will die Einkommensschere schließen – mit engagierten Maßnahmen.

„Eine stärkere Beteiligung der Männer in der Erziehungsarbeit ist gut für die Väter und Kinder.“

**Frauenministerin
Gabriele Heinisch-Hosek**

kürzeste Variante mit dem höchsten Bezug in Anspruch. Das einkommensabhängige Kindergeld wird dazu führen, dass die Väterquote deutlich erhöht wird.

Mir ist aber auch wichtig, dass Alleinerziehende nicht benachteiligt werden – und auch diejenigen, die ohnehin ein geringeres Einkommen haben. Hier versuche ich noch in intensiven Gesprächen zu einer Einigung zu kommen. Zweifellos aber ist das einkommensabhängige Kindergeld ein wichtiger Schritt zu mehr Chancengleichheit für Frauen. Trotzdem: Der Weg zu wirklich gleichen Chancen in Beruf, Familie und Gesellschaft ist noch weit, es gibt noch viel zu tun, das möchte ich betonen.

Wie sieht es mit dem Zuschuss für einkommensschwache Familien aus...?

Heinisch-Hosek: Ich bin der Meinung, dass das eine wesentliche finanzielle Stütze auch für viele Alleinerziehende ist, immerhin sind das 25 Prozent derjenigen, die den Zuschuss beziehen. Ich stehe nach wie vor dazu, dass er beibehalten werden soll. Treffsicherheit ist natürlich ein Punkt, der forciert werden muss – auch wenn ich nicht der Meinung bin, man soll gleich einmal quasi reflexartig davon ausgehen, dass Missbrauch betrieben wird.

Ihr Vorschlag zur Gehaltstransparenz soll zu mehr Einkommensgerechtigkeit führen. Wie sehen Sie die Chancen zur Umsetzung?

Heinisch-Hosek: Mein Vorschlag ist, dass Gehälter innerhalb von Unternehmen – anonymisiert – offengelegt werden. Angedacht sind standardisierte Fragebögen, die von den Unternehmen ausgefüllt werden. In Schweden ist ähnliches bereits durchgeführt worden und hat zu klaren Erfolgen geführt. Was die Umsetzung in Österreich betrifft so gibt es deutliche Zustimmung bis durchaus positive Signale von Seiten der Sozialpartner – weiteres Procedere ist nun, den Sommer für Gespräche zu nutzen und sich die Situation in Schweden genau anzusehen. Mein Ziel

ist es, ein Modell auszuverhandeln, das 2010 realisiert wird.

Die Regierung hat ein Familienrechtspaket geschnürt, das gerade das Parlament passiert hat. Was wird dadurch anders?

Heinisch-Hosek: Vorab: Das Familienrechtspaket bringt – vor allem für Patchworkfamilien – viele Verbesserungen. Es entspricht einfach mehr der modernen Lebensrealität, wenn Stiefeltern mehr rechtliche Möglichkeiten haben. Immerhin wird heutzutage jede zweite Ehe geschieden – und es werden neue Partnerschaften eingegangen, in denen auch Verantwortung für die Kinder übernommen wird. Allerdings gab es bei den geplanten Än-

derung im Eherecht die Gefahr einer massiven Benachteiligung der „schwächeren“ Person, in der Regel ist das die Frau. Konkret hätte sogar eine beiläufig geäußerte mündliche Zustimmung genügt, damit Vermögenswerte, die in der Ehe angeschafft wurden, ohne Berücksichtigung der Lebenssituation, dem Mann zugesprochen werden. Die Frau hätte dann etwa mitsamt der Kinder aus der gemeinsamen Wohnung ausziehen müssen. Künftig wird es so sein, dass man zwar im Voraus vereinbaren kann, wer nach der Scheidung was erhält. Grenzen bleiben aber: Bei Gericht wird die derzeitige Lebenssituation beider Partner auch weiterhin Berücksichtigung finden.

Sie wurden mit beachtlichen 95,7 Prozent zur SPÖ-Frauvorsitzenden gewählt. Wie sieht es mit der Umsetzung der Frauenquote in der SPÖ aus?

Heinisch-Hosek: Wir haben in der SPÖ eine vorgeschriebene 40-Prozent-Quote. Und was die Umsetzung der Quote betrifft, werde ich die Männer in der SPÖ in die Pflicht nehmen. Die Zeit der Ausreden für Männer ist vorbei. Es muss endlich in die männlichen Köpfe hineingehen, dass sie auf das Potential der Frauen nicht verzichten können. ♦

REGIERUNGSBILANZ

Der Kanzler zieht Bilanz: 25 Maßnahmen gegen die Krise

Mit 68 Regierungsvorlagen und 25 Punkten im Kampf gegen die Wirtschaftskrise besticht Österreich auch im internationalen Vergleich.



SPÖ

„In 25 wesentlichen Punkten kämpfte die Bundesregierung dafür, Beschäftigung zu erhalten und die Konjunktur zu stärken.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Der Bundeskanzler zog Bilanz über die Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise: Die SPÖ-geführte Bundesregierung hat volle Arbeit geleistet.

„Bildung, Ausbildung sowie Forschung und Entwicklung werden die Schlüsselfaktoren der Zukunft sein.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Der letzte Ministerrat vor der parlamentarischen Sommerpause war ein geeigneter Anlass, Resümee über die Arbeit der SPÖ-geführten Bundesregierung zu ziehen. Bundeskanzler Werner Faymann erläuterte, dass 68 Regierungsvorlagen und in Summe 25 Maßnahmen geschnürt wurden, um die negativen Auswirkungen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise möglichst flach zu halten – mit Erfolg. Nach Einbußen in der Konjunktur-entwicklung, der Güterproduktion und der Kaufkraft, konnte durch Konjunktur- sowie Arbeitsmarktpakete und der großen vorgezogenen Steuerentlastung nicht nur das Schlimmste verhindert, sondern auch wichtige Impulse für die Zukunft Österreichs gesetzt werden.

Die 25 konkreten Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Krise standen unter sieben Prämissen:

- » Beschäftigung erhalten und Konjunktur stärken
- » Soziale Netze sichern, in Gesundheit investieren
- » Mehr Bildung heißt mehr Zukunft
- » Kultur fördern, Identität und Wirtschaftssektor stärken
- » Infrastruktur: bessere Karten im Wettbewerb
- » Zukunft heißt: Forschung, Innovation, Klimaschutz
- » Medienförderung

Beschäftigung erhalten und Konjunktur stärken

Werner Faymann und seinem Regierungsteam ist mit dem Doppelbudget 2009/2010 ein historischer Coup gelungen – in der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit langem. Ebenso zeigen die Maßnahmen zur Krisenbekämpfung,

Investitionen in Gesundheit und Bildung sind Investitionen in die Zukunft

Für die Erweiterung des Pflegegeldes werden 1,6 Mrd. Euro in die Hand genommen. 1,9 Mrd. Euro für gesicherte Pensionen. Bereits im Herbst soll eine Lösung für unsere „Kranken“-Kassen gefunden werden. Gerade in unsicheren Zeiten ist es überdies wichtig, Geld in Bildung, Ausbildung sowie Forschung und Entwicklung zu investieren – „die Schlüsselfaktoren der Zukunft“. Ausbau der neuen Mittelschule, Zentralmatura und das neue Universitätsgesetz sind nur einige Beispiele für ein gesundes Fundament für die Zukunft unserer Kinder. ♦

WEBTIPP

Alle 25 Punkte für Beschäftigung und Konjunktur umgesetzt von der SPÖ-geführten Bundesregierung stehen auf www.bilanz.spoe.at zum Download bereit.

EUROPÄISCHE HAFTBEFEHLE

Maier ortet ein „Datendefizit“ bei der Statistik

Es gibt eine jährliche EU-Statistik zu den Europäischen Haftbefehlen. SPÖ-Abgeordneter Johann Maier ortet bei den erhobenen Statistiken ein „Datendefizit“.

Österreich erließ 2008 461 Europäische Haftbefehle. 28 Personen wurden an Österreich ausgeliefert. Österreichs Justiz lieferte 177 verdächtige Straftäter aus. Neben dem Zielland Deutschland (62) wurden die meisten Verdächtigen von Österreich nach Rumänien und Polen (je 24) überstellt. Am häufigsten

SPÖ-Abgeordneten Johann Maier hervor. Maier kritisiert, dass bestimmte notwendige Daten nicht erhoben werden.

So ist zum Beispiel unklar, aufgrund welcher Delikte die Europäischen Haftbefehle erlassen werden. Nicht erhoben wird auch die Staatsbürgerschaft der in den jeweiligen Ländern aufgegriffenen Verdächtigen.

Es fehlt in der Statistik auch die Anzahl der österreichischen StaatsbürgerInnen, die aufgrund eines Europäischen Haftbefehls festgenommen wurden. „Auch das System einer strafrechtlichen Entschädigung auf europäischer Ebene fehlt“, betonte Maier. Wer also zu Unrecht verhaftet und ausgeliefert wird, muss darauf hoffen, dass es im jeweiligen Staat ausreichende nationale Regelungen für eine Entschädigung gibt. Maier fordert, dass diese Rechtslücke mit dem Stockholmer Programm der EU-Kommission bereits im Herbst ge-

schlossen wird. Der SPÖ-Abgeordnete versteht nicht, dass seitens des Justizressorts kein Bedarf für eine bessere, aussagekräftigere Statistik besteht. Denn mit den bisherigen Daten können Auswirkungen und Probleme, die Österreich betreffen, justizpolitisch nicht wirklich analysiert und hinterfragt werden. ♦

„Das System einer strafrechtlichen Entschädigung auf europäischer Ebene fehlt.“

SPÖ-Abgeordneter Johann Maier

wurden die von Österreich gesuchten Personen in Deutschland (10) festgenommen. Sechs Personen wurden aus Rumänien nach Österreich gebracht, vier aus Italien. Diese Zahlen gehen aus einer parlamentarischen Anfragebeantwortung von Justizministerin Claudia Bandion-Ortner an den



Zimmer

Johann Maier kritisiert die Datendefizite der EU-Statistik zu den Europäischen Haftbefehlen.

UMWELT

UVP-Novelle beschlossen



Fotolia

Beschleunigte Genehmigungsverfahren sichern Wirtschaftsstandort Österreich.

Wirtschaft, Umwelt und ArbeiterInnen profitieren von der Novelle.

Die Neuregelung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bringt dringende Verfahrensbeschleunigungen und -vereinfachungen, ohne dabei den Umweltschutz einzuschränken oder die BürgerInneninteressen zu beschneiden. In der Realität dauerten die bisherigen

UVP-Verfahren oft mehr als doppelt so lange wie im Gesetz vorgesehen, dadurch wurden viele wichtige Projekte verzögert. Dieser Zustand wird nun bereinigt. „Die Bauwirtschaft ist gerade in der Krisenzeit eine Schlüsselindustrie“, erklärte Bundeskanzler Werner Faymann. Durch die UVP Novelle können österreichweit bis 2020 Investitionen von über 13 Milliarden Euro getätigt werden, was 100.000 Arbeitsplätze sichern und schaffen wird. Von der UVP-Novelle profitieren somit sowohl die Wirtschaft, Umwelt und auch die ArbeitnehmerInnen. ♦

PARLAMENT

Einigung auf Anti-Korruptionsgesetz

ParlamentarierInnen unterliegen künftig den strengen Regeln des Anti-Korruptionsgesetzes.

Nationalratsabgeordnete, Abgeordnete zum Landtag oder EU-Parlament werden künftig in das Anti-Korruptionsgesetz miteinbezogen. Darauf einigten sich der SPÖ-Klubchef Josef Cap und Karlheinz Kopf von der ÖVP mit VertreterInnen des Justizministeriums. Demnach gelten nun auch MandatarInnen als „Amtsträger“ – wie bisher schon Regierungsmitglieder oder BürgermeisterInnen. Bestechungen und verbotene Geschenkkannahmen sind künftig für ParlamentarierInnen strafbar. Das Delikt des Stimmenkaufs wird ins Anti-Korruptionsgesetz aufgenommen. Ebenso ist nun strafbar, wenn ein Abgeordnete bewusst einer Abstimmung fernbleibt, weil es ein Unternehmer so will und sich dafür persönliche Vorteile verschafft oder wenn ein/e Abgeordnete/r für Geld Informationen aus einem Untersuchungsausschuss weitergibt. Auch die Regelung des Anfütterns – kleinere wiederholte Zuwendungen – fällt künftig unter das Antikorruptionsgesetz. ♦



Rigaud

Josef Cap: „ParlamentarierInnen unterliegen künftig auch dem Anti-Korruptionsgesetz.“

Europa muss in Österreich ankommen!

Die EU-weiten Stimmenverluste für die Sozialdemokratie haben gezeigt, dass nicht nur im Wahlkampf über ein sozialeres Europa geredet werden muss.



Lehmann

„Eine kleinen Gruppe von Reichen ist es gelungen, sich aus der sozialen Verantwortung zu stehlen.“

SPÖ-EU-Delegationsleiter Jörg Leichtfried

und hat eine große Liberale Fraktion. Darum gibt es im Europaparlament in der Wirtschaftspolitik eine Mehrheit rechts der Mitte, in der Gesellschaftspolitik eine Mehrheit links der Mitte. Der Unterschied zwischen den konservativen und den fortschrittlichen Kräften im EU-Parlament konnte Leichtfried rasch erklären: „Wir müssen die Dinge, für die wir stehen und die wir wollen, unter die Leute bringen. Die

Nicht nur Jörg Leichtfried, sondern alle SPÖ-EU-ParlamentarierInnen werden ab jetzt auf dem „heißen Stuhl“ erklären, wie sie „ihr“ Europa gestalten möchten.

Die SPÖ hat bereits wahrgemacht, was am Abend des 7. Juni versprochen wurde, versichert der Delegationsleiter der SPÖ-Abgeordneten im EU-Parlament, Jörg Leichtfried. Nämlich weiter breit angelegt zu diskutieren und dorthin zu gehen, wo auch Wahlverluste hingenommen werden mussten. Alle SPÖ-EU-Abgeordneten werden sich in den kommenden Wochen, Monaten und Jahren den Fragen und Beschwerden der Menschen persönlich stellen und mit ihnen über ein anderes, menschlicheres Europa reden. Das wird im Rahmen von Straßenaktionen, Diskussionsabenden und natürlich unter Zuhilfenahme der neuen Medien geschehen. Damit ist die SPÖ Vorreiterin in Europa und wird hoffentlich viele NachahmerInnen finden.

klungen in Europa zu diskutieren. Dieses Konzept ging auf. Der starke Andrang zeigte, wie groß das Interesse am direkten Kontakt mit den EU-Abgeordneten ist. JedeR die/der wollte, konnte sich Leichtfried gegenüber setzen oder ihm aus dem Publikum kritische Fragen stellen. Erscholt die EU-Politik der letzten Jahre, da „eine massive Umverteilung von unten nach oben stattgefunden hat. Einer kleinen Gruppe von Reichen ist es gelungen, sich aus der sozialen Verantwortung zu stehlen. Wir haben die Chance, das zu stoppen, nicht genützt.“ Die große Vorteil der PES-Fraktion ist, dass sie viel einiger und geschlossener als die Konservativen auftritt und sie so manchmal überstimmen kann.

Leichtfried erklärt wie EU funktioniert

In der sehr lebhaften geführten Diskussion illustrierte Jörg Leichtfried die Funktionsweise der Europäischen Union: „Der Rat ist das nationale Organ, hier streiten die Staaten. Im Europaparlament streiten die Ideologien.“ Im Gegensatz zu Österreich kennt es keinen Klubzwang

„Reden wir über Europa“ in Favoriten

In der Volkshochschule in Wien-Favoriten fand zum ersten Mal der SPÖ-Aktionstag „Reden wir über Europa“ mit Jörg Leichtfried statt. Zahlreiche Menschen waren gekommen, um „am heißen Stuhl“ offen über vergangene und kommende Entwik-

Jantzen



Schon am frühen Nachmittag begann der europäische Tag der SPÖ.

Lehmann



Obwohl die nächste EU-Wahl noch in weiter Ferne liegt, machen die SozialdemokratInnen (wie hier im Bild: Petra Bayr) schon jetzt Stimmung für ihre Idee eines besseren Europa.

Konservativen müssen hingegen viel eher ihre Standpunkte vor den Leuten verbergen. Das gelingt ihnen bislang besser.“ ♦

INFRASTRUKTUR

Ersatzlose Postämterschließungen verhindern

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Kräuter bezeichnet den unermüdlichen Einsatz von Ministerin Bures in der Postfrage als wichtigen Beitrag zum Erhalt der Infrastruktur im ländlichen Bereich. Experte Theo Öhlinger bestätigt die rechtliche Zulässigkeit.

Für den Herbst wird von SPÖ-Seite eine Einigung mit dem Koalitionspartner für das geplante Postmarktgesetz von Infrastrukturministerin Doris Bures erwartet. Es soll geeignete Rahmenbedingungen für die bevorstehende Liberalisierung des Postmarktes 2011

„Die ersatzlose Streichung von Postämtern vor der Beschlussfassung des neuen Postmarktgesetzes kommt für die SPÖ nicht in Frage.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter

schaffen (flächendeckende Versorgung, Kollektivverträge, Anti-Lothndumping, usw.). SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter berichtet in diesem Zusammenhang von viel Lob quer durch alle Bundesländer für Bures „unermüdlichen Einsatz“ für die Post: „Auch viele ÖVP-Bürgermeister begrüßen die beherzte Aktion



Zinner

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter kämpft für den Erhalt der Infrastruktur im ländlichen Raum.



Rigaud

Beherzte Aktion von Infrastrukturministerin Doris Bures

unserer Ministerin und können die Bestimmung ihrer Parteiführung nicht verstehen.“ Kräuter betont daher: „Ich fordere die ÖVP-Zusperrfetischisten auf, die eigenen Lippenbekenntnisse zum Schutz der ländlichen Regionen ernst zu nehmen. Die SPÖ zeigt den richtigen Weg und schützt die Infrastrukturbedürfnisse der Bevölkerung.“ Kräuter sieht die

SPÖ-Linie, per Bescheid weitere Schließungen abzuwehren, vom Verfassungsexperten Theo Öhlinger bestätigt. „Aus rechtswissenschaftlicher Sicht kann festgehalten werden, dass der Bescheid jedenfalls sorgfältig begründet und der vom Verkehrsministerium eingenommene Standpunkt nicht unververtretbar ist“, so Öhlinger. ♦

BUCHPREISBINDUNG

Kulturgut Buch und Verlagsvielfalt geschützt



SPÖ

Mit der Novellierung der Buchpreisbindung wird das Kulturgut Buch ebenso geschützt wie die Verlagsvielfalt.

SPÖ-Kultursprecherin Christine Muttonen begrüßt die Novellierung der Buchpreisbindung, die dafür sorgt, dass es im Bereich des Buchmarktes nicht zu einem ruinösen Wettbewerb kommt.

Uns war – ebenso wie Kulturministerin Claudia Schmied – immer klar, dass wir unsere kleinen Verlage und BuchhändlerInnen nicht gefährden dürfen.“ ♦

Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes war eine Reparatur der Buchpreisbindung notwendig, die auch vor kurzem im Parlament erfolgte. Im Hohen Haus wurde eine Novellierung beschlossen, die im Sinne der AutorInnen, des Buchhandels und des Verlagswesens ist. Muttonen dazu: „Die Novellierung der Buchpreisbindung dient dem Schutz der Vielfalt der Verlags- und Buchlandschaft in Österreich.“

WIRTSCHAFT

Opposition verhindert Kampf gegen Steuerhinterziehung



Spöla



Spöla

SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer und SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter hätten sich mehr Reife von der Opposition gewünscht.

FPÖ, BZÖ und Grüne verhinderten das Amtshilfedurchführungsgesetz. Nun drohen Österreich Sanktionen.

Das Amtshilfedurchführungsgesetz soll es Behörden international ermöglichen, Konten vermeintlicher Steuerhinterzieher zu prüfen. SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter und SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer wissen: Das wäre ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung von Steuerkriminalität gewesen. Die notwendige Zweidrittel-Mehrheit scheiterte an Grünen, BZÖ und FPÖ – mit dem unrichtigen Argument, dass damit das Bankgeheimnis gefährdet sei. Bis zum Herbst wird auf ein Einsehen der Opposition gehofft. Österreich muss nun mit Sanktionen rechnen und wird auf eine „schwarze Liste“ der OECD gesetzt. ♦

Roman

Das Brandhaus

Zwei tote Teenager und ein Mörder, der das Handwerk der Täuschung beherrscht ... Ein neuer Fall für Kriminalinspektorin Irene Huss.

Göteborg im Mai: An der Küste wird die Leiche eines Mädchens aus dem Meer gefischt. Seltsame Schnittverletzungen an ihrem Körper weisen auf ein brutales Gewaltverbrechen hin. Offensichtlich hatte der Mörder versucht, ein Muster in die Haut zu ritzen. Die Mordkommission, die auch mit dem Fall eines mysteriösen Leichenfunds nach einem Brand befasst ist, hat alle Hände voll zu tun, als ein weiteres Mädchen tot im Wald gefunden wird. Auch ihr wurden entsetzliche

Schnittverletzungen zugefügt. Schon bald stellt sich Kommissarin Irene Huss die Frage, ob hier derselbe Täter zugeschlagen hat. Als die Polizei den Internet-Aktivitäten der Teenager nachgeht, kommt Kommissarin Huss dem Mörder bald näher, als ihr lieb ist.

Helene Tursten, eine der meistgelesenen Krimi-AutorInnen Schwedens, legt ein Spannungsgeladenes Buch vor, das gekonnt zwei sehr unterschiedliche Fälle miteinander verknüpft. ♦

☐ Stk.


Helene Tursten:
Das Brandhaus.
Btb Verlag, München 2009;
336 S., 20,60 €

Sachbuch

Ich erhebe meine Stimme

Die 30-jährige Autorin Malalai Joya kämpft für ein menschenwürdiges Leben in Afghanistan.

Was für eine mutige Frau! Malalai Joya ist erst 30 Jahre alt und doch schon das Vorbild für Millionen von Frauen. Sie war es, die als Abgeordnete des ersten demokratischen Parlaments in Afghanistan den regierenden Kriegsherren persönlich entgegentrat und ihnen ihre Verbrechen vorhielt. Vier Attentate hat sie seitdem überlebt, aber sie gibt nicht auf. Schon ihr Vater, ein Arzt, kämpfte gegen die sowjetischen Invasoren. Sie wuchs deshalb in Pakistan, von der Familie getrennt, in einem

Flüchtlingslager auf. Nach ihrer Rückkehr ließ sie sich zur Sozialarbeiterin ausbilden und baute eine Organisation zur Förderung und Weiterbildung von Frauen mit auf. 2007 wurde Malalai Joya, die 2005 als jüngste Politikerin Afghanistans in die Nationalversammlung gewählt worden war, ihres Amtes enthoben. Seither lebt sie – geschützt von bewaffneten Bodyguards – im Untergrund und führt ihren Kampf gegen die mörderischen Taliban außerhalb des Parlaments weiter. ♦

☐ Stk.


Malalai Joya:
Ich erhebe meine Stimme.
Eine Frau kämpft gegen den Krieg in Afghanistan.
Piper, München - Zürich 2009;
304 S., 20,60 €

Wirtschaft

Kapitalismus pur

Eine sachorientierte und wissenschaftlich fundierte Abhandlung über die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise.

Der französische Wirtschaftswissenschaftler und Statistiker Michel Husson bietet mit seiner neuersten Abhandlung einen gelungenen Überblick über die Prozesse und Mechanismen unseres Wirtschaftssystems. Im Zentrum steht die Kritik am Neoliberalismus, dessen Denkansätze hauptverantwortlich für die derzeitige Krise sind. Hierbei versucht Husson vor allem Erkenntnisse der marxistischen Wirtschaftstheorie in seine Analysen einzuarbeiten. Dabei kommt er zum Entschluss, dass die

bisherigen staatlichen Eingriffe in den Wirtschaftskreislauf noch ungenügend sind und die Rettungspakete vieler Staaten wirkungslos bleiben, wenn nicht entsprechende Begleitmaßnahmen damit einhergehen. Der Autor weiß auch geschickt die riesigen Umverteilungen des geschaffenen Reichtums zugunsten einer kleinen Minderheit zu kritisieren. Schließlich bilden die in die Finanzsphäre transferierten Profite die Grundlage für waghalsige Finanzspekulationen. ♦

☐ Stk.


Michel Husson:
Kapitalismus pur.
Deregulierung, Finanzkrise und weltweite Rezession.
ISP Verlag, Köln 2009;
200 S., 20,40 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



SPÖ-SOMMERFEST

5.000 Euro für den guten Zweck

„Ein Abend für Morgen“ – unter diesem Motto stand das traditionelle Sommerfest der SPÖ, bei dem über 5.000 Euro für die Volkshilfe-Aktion „Armut tut weh“ gespendet wurden.



„Ein Abend für Morgen“, der ganz im Zeichen des guten Zwecks und des Dankeschöns stand: Das traditionelle Sommerfest der SPÖ stellte die Jugend und die Zukunft in den Mittelpunkt.

Es war das erste „Kanzler-Fest“, zu dem Werner Faymann in seiner Funktion als Bundeskanzler geladen hatte – und es war ein voller Erfolg. Im Mittelpunkt stand nicht das ausgelassene Feiern, sondern das Eintreten für den guten Zweck. So konnten im Laufe des Abends vom Volkshilfe-Team über 5.000 Euro an Spenden gesammelt werden, die der wichtigen Aktion „Armut tut weh“ zugute kommen. Im Mittelpunkt stand aber

„Die Welt von morgen soll ein Stück gerechter sein und allen mehr Chancen bieten.“

Bundeskanzler Werner Faymann

auch das Danke-Sagen: Denn es war Werner Faymann ein Herzensanliegen, sich mit der Einladung zum Sommerfest bei all jenen zu bedanken, die in der Krise auf der Seite der jungen ArbeitnehmerInnen stehen. Eingeladen waren daher über 1.000 JugendvertrauensrätInnen, die genauso gerne der Einladung folgten, wie zahlreiche FreundInnen und Prominente aus Politik, Wirtschaft, Medien, Sport und Kunst.



Prominenz aus Politik, Wirtschaft, Medien, Sport und Kultur gaben sich ein Stelldichein beim SPÖ-Sommerfest.



Über 3.000 Gäste hatten sich – zu den Klängen von Poplegende Jimmy Somerville und DJ Tom Silver – am trendig designten Veranstaltungsort, dem ÖBB-Werksgelände in Wien Simmering, eingefunden, wo Bundeskanzler Werner Faymann bekräftigte: „Wir brauchen keinen Hass, wir brauchen Solidarität“. Klar sei auch, dass Freiheit, Solidarität, Gemeinsamkeit und Gerechtigkeit Werte sind, die sich zu verteidigen lohnen, so der Bundeskanzler, der sich darüber freute, dass das Fest einmal mehr zeigte, dass der Zusammenhalt innerhalb der Sozialdemokratie unverändert stark ist.

Neben zahlreichen ehemaligen SPÖ-PolitikerInnen (z.B. Ex-Kanzler Franz Vranitzky und Ex-Sozialminister Erwin Buchinger), der gesamten SPÖ-MinisterInnenriege sowie unter anderen die beiden SPÖ-BundesgeschäftsführerInnen



Laura Rudas, Günther Kräuter und Wiens Bürgermeister Michael Häupl, ließen es sich auch zahlreiche Prominente wie Alfons Haider, Hermann Nitsch, Dolores Schmidinger, Erich Hampel, Frank Hensel, Wolfgang Hesoun, Veit Sorger, Alexander Wrabetz, Hannes Androsch und Steffen Hoffmann nicht nehmen, am ersten Kanzlerfest „im neuen Stil“ teilzunehmen. ♦

Fotos: Zinner (3), Jantzen (3)

OBERÖSTERREICH

SPÖ-Frauen starten durch



Frauenministerin a.D. Johanna Dohnal betonte wie wichtig es ist, dass mehr Frauen in den Gemeinderäten vertreten sind.



Faire Chancen für Frauen: Die SPÖ will mit 1.200 Frauen in die Geschicke der oberösterreichischen Gemeinden eingreifen und Frauen stärken.

Mit einem starken Team aus fünf jungen Frauen von 24 bis 28, die für den OÖ-Landtag kandidieren, geht die SPÖ in die

Landtagswahlen. Bei der Auftaktveranstaltung zum Frauenwahlkampf der SPÖ-Frauen-OÖ betonte Frauenministerin a.D. Johanna Dohnal, „dass Halbe-Halbe nicht mehr nur ein provokanter Sager sein darf, sondern gelebte Wirklichkeit werden muss“. Nach den Landtagswahlen am 27. September will die SPÖ zusätzlich 300 Frauen für die aktive Mitarbeit in den oberösterreichischen Gemeinden gewinnen, damit dann mehr als 1.200 Frauen die Kommunalpolitik mitgestalten. Abgesehen von den Ausbildungschancen sind 60 Prozent der jungen Frauen mit dem Freizeitangebot in ihrem Wohnort nicht zufrieden. Mädchen zeigen sich aber durchaus bereit, selbst aktiv zu werden und haben viele Ideen im Kopf. Diesen Ideen wollen die SPÖ-Frauen-OÖ eine Bühne geben und schreiben daher einen Ideenwettbewerb speziell für Mädchen und junge Frauen aus. Unter dem Motto „wild & witzig“ sind Mädchen und junge Frauen eingeladen,



SPÖ Oberösterreich

Die jungen SPÖ-Kandidatinnen: Manuela Hiesmair, Birgit Schörkhuber, Sabine Breitenfellner, Petra Müllner und Eva Öller (v.l.n.r.).

ihre Ideen, Wünsche, Anregungen zu den Bereichen Freizeit, Kultur, Sport, Beratung, Ausbildung, Veranstaltungsideen u.v.m., aber auch ihre Kritik zu Papier zu bringen und einzusenden. Für die besten Ideen gibt es attraktive Preise (u.a. eine rote Vespa).

Alle Details unter:

ideenwettbewerb@ooe.spoe.at ♦

VSSTÖ

Sophie Wollner neue Bundesvorsitzende



Bei der 75. Bundeskonferenz des VSSTÖ wurde Sophie Wollner am 5. Juli zur neuen Vorsitzenden gewählt.

„Ich sehe es als die wichtigste Aufgabe des VSSTÖ, kämpferisch auf der Seite der Studierenden zu stehen und werde diese Verantwortung bedingungslos übernehmen“, betonte Wollner zu ihrer Wahl. Als eines der wichtigsten Themen ihrer künftigen Arbeit nannte Wollner die Verhinderung von Uni-Zugangsbeschränkungen auf allen Ebenen. Neben Sophie Wollner werden Daniel Vyssoki als Sekretär, Stefanie Grubich als Hochschulpolitische Sprecherin und Magdalena Schrott als Bundesfrauensprecherin im VSSTÖ-Bundesteam arbeiten. ♦



VSSTÖ

Sophie Wollner,
die neue VSSTÖ-
Bundesvorsitzende

STEIERMARK

SPÖ-Stiftung wird aufgelöst



Franz Voves setzt ein Zeichen der Glaubwürdigkeit und kündigt die Auflösung der Parteistiftung „Zukunft Steiermark“ an.

Der steirische SPÖ-Vorsitzende, Landeshauptmann Franz Voves hat letzten Montag nach der Sitzung der Landesregierung die Auflösung der Parteistiftung „Zukunft Steiermark“ angekündigt. Voves sagte, ausschlaggebend sei gewesen, dass die Finanzbehörden der Stiftung die Gemeinnützigkeit aberkannt haben. Die „Zukunft Steiermark“-Privatstiftung wurde bekanntlich bereits vor dem Polit-Einstieg von LH Franz Voves gegründet. Auf Basis der Gesetze war die Stiftung zwar ein völlig legaler Schritt, politisch gesehen sei es, meint der steirische SPÖ-Vorsitzende, jedoch eine falsche Entscheidung gewesen. ♦



Melbinger

**Der steirische
SPÖ-Vorsitzende,
Landeshauptmann
Franz Voves**



Wunder erwartet niemand, aber ...

FSG-Chef Wolfgang Katzian über die Wirtschaftskrise und Antworten der Sozialdemokratie auf das gescheiterte neoliberale Modell.



Verteilungsgerechtigkeit wird eines der dominierenden politischen Themen der nächsten Jahre sein.

Die politischen Rahmenbedingungen, unter denen ich zum Vorsitzenden der sozialdemokratischen GewerkschafterInnen im ÖGB gewählt wurde, sind alles andere als einfach. In weiten Teilen der arbeitenden Bevölkerung herrscht große Verunsicherung und Angst. Die schwere Weltwirtschaftskrise hat bislang nicht dazu geführt, dass die Politikkonzepte der sozialdemokratischen Bewegung auf größere Zustimmung bei den WählerInnen gestoßen sind. Überall in Europa haben sozialdemokratische Parteien derzeit Probleme, die Menschen von ihrer Politik zu über-

zeugen. Ich glaube aber fest daran, dass wir, wenn wir gemeinsam die richtigen politischen Schlussfolgerungen aus der Krise des neoliberalen Kapitalismus ziehen, wieder in die politische Offensive kommen.

Nicht nur die Wahlen zum Europäischen Parlament sind sehr enttäuschend ausgefallen. Auch die Wahlen zum Parlament der ArbeitnehmerInnen, den Arbeiterkammern, waren mit herben Verlusten verbunden. Zur Tagesordnung können insbesondere auch die sozialdemokratischen GewerkschafterInnen nach diesen Wahlergebnissen nicht übergehen.

Wunderdinge werden angesichts drohender Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Stagnation von niemandem erwartet. Was die Menschen aber sehr wohl erwarten können, ist der totale politische Einsatz für ihre unmittelbaren Interessen am Arbeitsplatz, bei den Ausverhandlungen von Kurzarbeitsvereinbarungen, bei Kollektiv-

vertragsverhandlungen oder bei der Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen für Arbeitslose. Weder den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern noch den vielen AktivistInnen in Partei und Gewerkschaft kann man diesbezüglich einen Vorwurf machen.

Was aber neben der unmittelbaren Krisenbewältigung und dem konkreten Einsatz noch notwendig ist, ist eine Idee, ein Bild darüber, wie sich die Sozialdemokratie ein Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell jenseits des gescheiterten neoliberalen Modells konkret vorstellt. Diese Idee gilt es mit

der tagespolitischen Arbeit sinnvoll zu verbinden.

Ein Thema, das die Menschen immer mehr bewegt, ist jenes der Verteilungsgerechtigkeit. Es wird eines der dominierenden politischen Themen der nächsten Jahre sein. Hier brauchen wir eine klare und nachvollziehbare sozialdemokratische Position. Dabei müssen wir uns auch deutlich von der ÖVP unterscheiden, die jede Diskussion über eine stärkere Besteuerung von Vermögen als ideologische Neiddebatte abtun will. Dabei gilt es, zu vermitteln, dass eine stärkere Belastung von großen Vermögen nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit ist, sondern im gro-

„Wenn wir gemeinsam die richtigen politischen Schlussfolgerungen aus der Krise des neoliberalen Kapitalismus ziehen, werden wir wieder in die politische Offensive kommen.“

ßen Maß auch eine Frage der ökonomischen Vernunft. Die immens großen Unterschiede bei der Verteilung von Vermögen und Einkommen waren ein wesentlicher Grund für die schwere Krise. Letztendlich hat sich das neoliberale Modell als ökonomisch ineffizient und unbrauchbar erwiesen, die Probleme der Bevölkerung zu lösen. Nur wenn es gelingt, die vorhandenen Ressourcen in der Gesellschaft so zu verteilen, dass alle profitieren und nicht nur eine Minderheit, wird unsere Wirtschaft wieder jene Dynamik gewinnen, die wir für die großen Herausforderungen der Zukunft benötigen. Dafür lohnt es sich, als Sozialdemokratie mit voller Kraft zu kämpfen.

Wolfgang Katzian ist FSG-Vorsitzender, Vorsitzender der Privatangestelltengewerkschaft sowie SPÖ-Nationalrat.

TERMINKALENDER



LH Niessl mit seinem RadlerInnen-Team

12. bis 18. Juli

„Mitradln! Mitreden!“

Unter dem Motto: „Mitradln! Mitreden! Wir Burgenländer halten zusammen“ fällt am 12. Juli der Startschuss zur 9. Radtour von LH Hans Niessl und dem „Team Burgenland“. Aus Anlass der jüngsten Unwetter stellt die SPÖ ihre Radtour ins Zeichen der schnellen Hilfe für die vom Hochwasser betroffenen Menschen. Daher findet an jedem Vormittag ein eigener BurgenländerInnen-Sprechtag statt. „Wir sind bei den Menschen – und wir wollen helfen. Deshalb bieten wir der Bevölkerung an, uns vor Ort direkt zu sagen, wie wir rasch und konkret unterstützen können“,

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18
Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler,
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,
Alexander Lutz, Martin Oppenauer,
Susanne Vockenhuber, Fabian Max Wallner
Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion:
Emil Goldberg, Coverfoto: Fotolia, Bildbearbeitung:
Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka,
Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH.,
1014 Wien, Löwelstraße 18, Hersteller: Leykam-
Druck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at,
Homepage: www.spoe.at

erklärt Niessl. Neben der Hochwasserhilfe sollen auch der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Jugendbeschäftigung, Bildung und die Lebensqualität im Burgenland Themen sein. Dazu will die SPÖ wiedertausende persönliche Gespräche mit der Bevölkerung in den Gemeinden führen.

Die Radtour findet von 12. bis 18. Juli statt. Start ist am 12. Juli in Mühlgraben, im Bezirk Jennersdorf. Das Radabschlussfest findet am 18. Juli um 20.15 Uhr im Freibad in Frauenkirchen statt.

Informationen zu allen Terminen und Routen gibt es im Internet unter:
www.unserburgenland.at
oder unter Tel.: 02682-7750

Mittwoch, 15. Juli

IUSY World Festival 2009



Das IUSY (Vereinigung der Sozialistischen Jugendinternationale) World Festival 2009 naht mit Riesenschritten. Und riesig wird das Festival auf jeden Fall: über 5.000 Jugendliche aus 140 Ländern treffen sich am schönen Plattensee in Ungarn. Nur drei Busstunden von Wien entfernt erwarten die Jugendlichen spannende Konferenzen und Workshops, Partys und ein großes Sport- und Badeangebot. Infos und Anmelde-Möglichkeit sind unter www.sjoe.at zu finden oder beim Internationalen Sekretär der SJ, Sebastian Schublach (sebastian.schublach@reflex.at) zu erfragen. Das IUSY Worldfestival findet im un-

garischen Zánka statt – nur drei Busstunden von Wien entfernt und liegt direkt am See. Das Festivalgelände, ein altes Pioniercamp, bietet die perfekten Bedingungen für eine gelungene Woche: zahlreiche feste Unterkünfte, klimatisierte Seminarräume, Beachvolleyballplätze, einen eigenen Strand, ein Fußballstadion, Basketballplätze, ein Kino und viel, viel Platz! Der TeilnehmerInnenbeitrag kommt auf 170 Euro.

An- und Abreise:

Abfahrt: 15. 7., 13 Uhr Wien Westbahnhof

Rückfahrt: 21. 7., 13 Uhr Zánka, nach Wien Westbahnhof

Freitag, 17. Juli

ega-Sommerngarten Türkischer Abend

Der ega-Sommerngarten bietet jeden Freitag im Juli ein mitreißendes Abendprogramm. In chilliger und entspannter Atmosphäre werden abwechslungsreiche Live-Konzerte bei freiem Eintritt geboten. Die Wiener SPÖ-Frauen und das ega organisieren gemeinsam mit dem Verein Rosario dé Luz diese abwechslungsreiche musikalische Veranstaltungsreihe. An allen Abenden werden die BesucherInnen mit köstlichen Cocktails und kulinarischen internationalen Spezialitäten verwöhnt. Am 17. Juli findet ein Türkischer Abend mit folgenden Musikgruppen statt: Gruppe EFLATUN (Traditionelles bis Pop) Zeynep Can (Traditionelles bis Pop) Avni und Onur Salman (Instrumental: türkische Oboe und Trommel) DJ Ejder.

Beginn: 21.30 Uhr

Eintritt frei

ega

Windmühlgasse 26
1060 Wien

NET NEWS

www.service.spoe.at

BürgerInnen-Service online!

Für unsere Online-Leser haben wir unter www.service.spoe.at nützliche Internetseiten zum Thema BürgerInnen-Service gesammelt. Wie viel profitieren Sie von der Steuerentlastung 2009? Wohin fließt Ihr Steuer-Euro? Der Steuervergleichsrechner des Finanzministeriums weiß es. Wie viel vom Bruttogehalt am Ende tatsächlich in der Tasche bleibt, ist oft gar nicht so leicht zu berechnen. Der Brutto-Netto-Rechner der AK hilft dabei.

Der Heizkosten-Check der Mietervereinigung wiederum weiß, ob die Heizkosten angemessen sind, und der Betriebskostenrechner der Wiener Mietervereinigung gibt Anhaltspunkte für die durchschnittlichen Hausbetriebskosten bei privaten Mietwohnungen in Wien bzw. ihres Wohnbezirkes.

Unsere BürgerInnen-Service Linksammlung ist auch über einen Link auf www.spoe.at zu erreichen. ♦





Mit voller Kraft für abgesicherte LebenspartnerInnenschaft

Die Wiener Stadträtin für Integration und Frauenfragen Sandra Frauenberger und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek verschafften ihren Forderungen auf der Regenbogenparade Gehör. "Ich bin zuversichtlich, dass dies die letzte Regenbogenparade ist, bei der es noch kein Gesetz für eine LebenspartnerInnenschaft gibt", so Heinisch-Hosek.

Alles bunt – alles andersrum

Auch SPÖ-Nationalratsabgeordnete Petra Bayschwenke auf der Regenbogenparade die Fahne für die Rechte der Lesben, Schwulen und Transgender-Personen.



SPÖ

Der Kanzler auf der Seite der MilchbäuerInnen

Bei seinem Besuch im Bezirk Liezen in der Steiermark machte sich Bundeskanzler Werner Faymann für die MilchbäuerInnen stark. Schließlich müssen aktive Maßnahmen gesetzt werden, um den kleinen Milch- und BergbäuerInnen unter die Arme zu greifen.



Doris Bures und Matthias Lanzinger starten Initiative für Motorradsicherheit

Gemeinsam mit Ex-Skirennläufer Matthias Lanzinger setzte Verkehrsministerin Doris Bures mit einer Verkehrssicherheitsinitiative ein Zeichen für mehr Sicherheit von MotorradfahrerInnen im Straßenverkehr.



SPÖ